SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Verminderung gesellschaftlichen Zusammenhalts oder stabile Integration? Empirische Analysen zur sozialen und politischen Beteiligung in Deutschland

Schöb, Anke

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schöb, A. (1999). Verminderung gesellschaftlichen Zusammenhalts oder stabile Integration? Empirische Analysen zur sozialen und politischen Beteiligung in Deutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 22, 8-11. https://doi.org/10.15464/isi.22.1999.8-11

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-213309

Verminderung gesellschaftlichen Zusammenhalts oder stabile Integration?

Empirische Analysen zur sozialen und politischen Beteiligung in Deutschland

Der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen kommt eine wesentliche integrative Funktion innerhalb der Gesellschaft zu. Partizipation und Engagement in Organisationen und Vereinen fördert kooperatives Verhalten, Gemeinschaftssinn, Solidarität und zwischenmenschliches Vertrauen - Indikatoren, die unter anderem auch für das Funktionieren demokratischer Institutionen wichtig sind. Die gesellschaftliche Beteiligung als Indikator für die soziale und politische Integration der Bürger gewinnt gerade vor dem Hintergrund des ostdeutschen Transformationsprozesses an Bedeutung. Zum anderen wird darauf verwiesen, daß soziale Beziehungsnetzwerke sich im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung auflösen. Sich ändernde Motivationen und Werteverschiebungen in der Bevölkerung verschieben das Beteiligungspotential insbesondere zu Lasten traditionaler Vereinigungen. Neue Engagementformen wie Umweltgruppen oder Bürgerinitiativen sind Ausdruck veränderter Ansprüche und Wertorientierungen.

Im Mittelpunkt der Debatte um das Leitbild der Zivilgesellschaft stehen zwei empirisch zu beantwortende Fragen: Einerseits, inwieweit traditionale Integrationsinstanzen durch neue soziale Beziehungsnetzwerke abgelöst werden, andererseits, welche Folgen dies für die soziale, politische und wirtschaftliche Integration der Gesellschaft hat. Die ökonomisch ausgerichtete Dritte-Sektor-Forschung stellt auf die wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors[1] als der sozialen Infrastruktur der Zivilgesellschaft ab. Im Blickpunkt des wohlfahrtzentrierten Ansatzes steht hingegen die Stellung des Dritten Sektors als Produzent sozialer Sicherheit und Wohlfahrt in Relation zu den anderen Sektoren der Wohlfahrtsproduktion wie Staat, Markt und privatem Haushalt bzw. informellem Bereich. Angesichts finanzieller Engpässe der öffentlichen Haushalte werden in neuen Kombinationsformen von Institutionen und Sektoren - sogenannte wohlfahrtspluralistische Arrangements oder welfare mixes, wie beispielsweise der ‚Mix' von staatlicher Absicherung, betrieblicher Alterssicherung und privater Vorsorge im Bereich der Alterssicherung - Instrumente zur Überwindung von Innovationsblockaden gesehen (vgl. Evers/Olk 1998: 10). Den Institutionen der Zivilgesellschaft wird dabei eine wachsende Bedeutung für die Bereitstellung wohlfahrtsrelevanter Güter und Leistungen zugesprochen.

Im Kontext des Sozial-Kapital-Ansatzes - insbesondere in der von Robert Putnam (1995) formulierten demokratietheoretischen Version - wird die soziale und die politische Dimension zivilgesellschaftlicher Institutionen diskutiert. „Netzwerke zivilen Engagements" wie Nachbarschaftshilfen oder Gesangs- und Sportvereine stellen eine wesentliche Form sozialen Kapitals dar. Sie repräsentieren horizontale Interaktionsbeziehungen, in denen Normen der Gegenseitigkeit gefördert werden, der Informations- und Kommunikationsaustausch erleichtert wird und das Vertrauen und die Bereitschaft wächst, sich im öffentlichen und politischen Raum zu engagieren. Desweiteren wächst das Sozialkapital bzw. Vertrauensniveau einer Gesellschaft mit der Mitgliedschaftsdichte und dem Engagement in „sekundären Assoziationen" wie kirchlichen Gruppen, Gewerkschaften oder Parteien. Das Vertrauensniveau einer Gesellschaft ist wiederum bestimmend für das Funktionieren demokratischer Institutionen. Folgt man dieser Argumentation, dann impliziert ein Rückgang der Mitgliedschaft und des Engagements in sekundären Assoziationen ein Auflösen der Netzwerke, die das Sozialkapital (re-)produzieren, mit mittelbaren Folgen für die demokratischen Institutionen.

Mit der These von der Auflösung sozialer Beziehungsnetze stimmt Putnam in den Chor individualisierungstheoretischer Überlegungen ein. Traditionelle Integrationsinstanzen büßen demnach im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung an Bedeutung ein: Familie, Freundschaften, Nachbarschaft oder Religion verlieren an Einfluß, soziale Beziehungsnetze, in denen sich Solidarität und Gemeinschaftssinn (re-)produzieren, werden tendenziell aufgelöst. Inwieweit nun das soziale Kapital einer Gesellschaft auf den verschiedenen Ebenen der interpersonalen Beziehungen, des intermediären und des gesellschaftlichen Großbereiches im Niedergang begriffen ist, stellt gleichwohl eine empirische Frage dar (vgl. Immerfall 1999). Im folgenden werden hier Organisationen und Vereine des mittleren, intermediären Bereiches in West- und Ostdeutschland untersucht. Dabei steht die Entwicklung und Verteilung sowie die Bewertung sozialer und politischer Beteiligung als Integrationsmechanismus im Vordergrund. Die Datengrundlage bildet der Wohlfahrtssurvey 1998.

Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen: Verlust und Stagnation

Zur Analyse der Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen werden zwei Kenngrößen verwendet: Die Mitgliedschaftsquote als der Anteil der Personen in den jeweiligen Organisations- und Vereinsformen sowie die Mitgliedschaftshäufigkeit als der Anteil der Personen, die in keiner, einer oder mehreren Organisations- oder Vereinsformen Mitglied sind. Letzere Größe gibt Aufschluß über die Entwicklung der Mehrfachmitgliedschaft. Über das Aktivitätspotential, d.h. inwiefern es sich hier eher um aktive oder passive Mitglieder handelt, kann allerdings keine Aussage gemacht werden.

Tabelle 1: Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen, 1984-1998

	Westdeutschland				Ostdeutschland	
	1984	1988	1993	1998	1993	1998
	in %					
Mitgliedschaft in...						
Gewerkschaft	16	16	17	12	25	13
Partei	5	5	5	4	3	3
Bürgerinitiative	2	2	2	1	0	1
Verein, *darunter:*						
Kirchlicher Verein	7	10	7	9	5	3
Musik-/ Gesangverein	7	8	6	7	1	2
Sportverein	28	29	28	28	10	12
Anderer Verein, Organisation	19	24	19	22	14	14
Anzahl der Mitgliedschaften						
Keine Mitgliedschaft	44	42	44	42	53	62
1 Mitgliedschaft	34	33	36	39	38	29
2 Mitgliedschaften	16	17	14	14	8	7
3 Mitgliedschaften und mehr	6	8	6	6	1	1

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1993, 1998

Tabelle 2: Mitgliedschaft in Organisationen nach soziodemographischen Merkmalen, 1998

	Gewerkschaft		Partei		Bürgerinitiative	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %					
Insgesamt	12	13	4	3	1	1
Geschlecht						
Männer	19	16	6	4	1	1
Frauen	6	10	3	3	1	1
Altersgruppen						
18 bis 34 J.	11	9	3	3	1	2
35 bis 54 J.	16	17	3	2	2	2
55 J. und älter	9	12	5	5	1	1
Bildungsabschluß						
Ohne Abschluß/ Hauptschulabschluß	12	10	2	3	0	1
Mittlere Reife	14	14	4	2	1	1
Fachhochschulreife/ Abitur	10	15	8	7	3	3

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Betrachtet man die Entwicklung der Mitgliedschaftsquote seit 1984 in Westdeutschland, dann ist bei allen Organisations- und Vereinsformen ein sinkender oder stagnierender Anteil festzustellen (vgl. Tabelle 1). Am stärksten zeigt sich ein Rückgang bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft, worin sich zum einen wirtschaftsstrukturelle und zum anderen berufsstrukturelle Veränderungen widerspiegeln. Eine zunehmende Tertiarisierung der Wirtschaft und Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur, wie eine zunehmende Frauenerwerbstätigkeit und ein steigender Anteil von Angestellten, bedingen ein Wachstum eines gewerkschaftlich niedrig organisierten Wirtschaftsbereichs sowie einer gewerkschaftlich gering organisierten Personengruppe. Dies sind langfristige Entwicklungen, die sich in einer niedrigeren Mitgliedschaftsquote niederschlagen. Die Parteimitgliedschaft und Vereinsmitgliedschaften bleiben in der zeitlichen Perspektive nahezu konstant. Der vielzitierte Mitgliederschwund insbesondere der Großparteien zeigt sich zumindest nicht in der Mitgliedschaftsquote. Am mitgliederstärksten unter den Vereinen zeigen sich in Westdeutschland die Sportvereine mit einem Mitgliederanteil von 28 Prozent. Die in den 60er Jahren im Kontext der neuen sozialen Bewegungen erstmalig enstandenen Bürgerinitiativen weisen dagegen erhebliche Mitgliederverluste auf. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Ostdeutschland. So nimmt hier der Anteil der Mitglieder in Gewerkschaften von 25 Prozent im Jahr 1993 auf 13 Prozent im Jahr 1998 ab, die Mitgliedschaft in Vereinen bleibt auch hier weitgehend konstant. Eine strukturelle Angleichung der Mitgliedschaften zwischen West- und Ostdeutschland von 1993 auf 1998 zeigt sich insbesondere bei Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen, während die Vereinsmitgliedschaften noch immer stark differieren und ein deutlich niedrigeres Niveau in Ostdeutschland aufweisen.

Anteil der Nichtmitglieder in Ostdeutschland deutlich höher

Der Anteil derjenigen, die in keiner Organisation oder keinem Verein Mitglied sind, liegt in Ostdeutschland deutlich über dem in Westdeutschland (vgl. Tabelle 1). So sind 1998 62 Prozent der Ostdeutschen und 42 Prozent der Westdeutschen in keiner Organisation und keinem Verein organisiert. Die Nichtmitgliedschaftsquote bleibt damit in Westdeutschland in der zeitlichen Perspektive stabil. Variationen sind hier im Bereich der Ein- und Mehrfachmitgliedschaften festzustellen. So nimmt die Mitgliedschaft in genau einem Verein oder einer Organisation in Westdeutschland von 34 Prozent auf 39 Prozent zu, während Mehrfachmitgliedschaften abnehmen bzw. stagnieren. Für die neuen Bundesländer ergibt sich hingegen eine Abnahme von 38 Prozent für 1993 auf 29 Prozent im Jahr 1998. Die Mehrfachmitgliedschaften bleiben auf einem deutlich niedrigeren Niveau im Vergleich zu den alten Bundesländern konstant.

Tabelle 3: Mitgliedschaft in Vereinen nach soziodemographischen Merkmalen, 1998

	Kirchlicher Verein		Musik-/Gesangverein		Sportverein	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %					
Insgesamt	9	3	7	2	28	12
Geschlecht						
Männer	7	2	8	2	35	15
Frauen	10	3	5	2	22	9
Altersgruppen						
18 bis 34 J.	6	3	6	3	35	19
35 bis 54 J.	8	2	6	2	31	14
55 J. und älter	12	3	8	1	20	5
Bildungsabschluß						
Ohne Abschluß/ Hauptschulabschluß	8	2	7	2	23	5
Mittlere Reife	7	4	7	1	33	16
Fachhochschulreife/ Abitur	12	1	6	2	34	16

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Organisationen und Vereine - Männerdomänen der gebildeten Mittelschicht

Wer ist aber nun Mitglied in einem Verein oder Organisation? In Tabelle 2 ist die soziodemographische Struktur der Mitglieder in Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen im Jahr 1998 aufgezeigt. Allgemein sind bei diesen Organisationen, innerhalb derer direkt oder indirekt Einfluß auf den politischen Willensbildungsprozeß genommen werden kann, mehr Männer und Personen mit höherem Bildungsabschluß vertreten.

Die Geschlechtszugehörigkeit und der Bildungsstand haben immer noch einen wesentlichen Einfluß auf die Beteiligung in diesen Organisationen. Auch die Mitgliedschaft in Vereinen folgt diesem Muster. Nur in den kirchlichen Vereinen engagieren sich mehr Frauen als Männer. Hier zeigen sich auch im Vergleich zu der Mitgliedschaft in Organisationen deutlichere Unterschiede in der Altersstruktur. In kirchlichen sowie in Musik- und Gesangvereinen partizipieren überproportional Personen der älteren Altersgruppe. Die These von der Überalterung der Vereine trifft vor allem hier zu. Bei Sportvereinen als der wichtigsten Beteiligungsform zeigt sich in der Altersgruppe der über 55 Jährigen in Westdeutschland eine hohe Beteiligungsquote. In der zeitlichen Entwicklung von 1984 bis 1998 (tabellarisch nicht dargestellt) stieg der Anteil in dieser Altersgruppe von 11 Prozent im Jahr 1984 auf 20 Prozent im Jahr 1998. Gleichzeitig verlieren die Sportvereine konstant an jüngeren Mitgliedern: So waren 1984 noch 40 Prozent der 18 bis 34 Jährigen in Sportvereinen organisiert, 1998 waren es fünf Prozentpunkte weniger. Die sportliche Betätigung im Verein scheint zumindest für Jüngere immer weniger attraktiv zu sein. Angesichts wachsender Konkurrenz seitens anderer Angebote - wie kommerzieller Fitness-Zentren - verliert die vereinsmäßige Organisation zunehmend an Boden. Auch veränderte Freizeitansprüche stellen die Vereine vor die Aufgabe, die Attraktivität und Breite ihres Vereinsangebots zu überdenken um neue Mitglieder - insbesondere Jüngere - für sich zu gewinnen.

Die soziodemographische Zusammensetzung der Mitglieder in den neuen Bundesländern folgt im wesentlichen der in den alten Bun-

Tabelle 4: Mitgliedschaft, Politisches Interesse und Soziales Vertrauen, 1998

	Politisches Interesse[1]				Soziales Vertrauen[2]			
	West		Ost		West		Ost	
	Mitglieder	Nichtmitglieder	Mitglieder	Nichtmitglieder	Mitglieder	Nichtmitglieder	Mitglieder	Nichtmitglieder
	in %							
Insgesamt	32		26		20		13	
Gewerkschaft	47	30	38	25	22	20	10	14
Partei	82	30	79	24	28	20	17	13
Bürgerinitiative	74	31	57	26	38	20	24	13
Verein, *darunter:*								
Kirchlicher Verein	42	31	29	26	24	20	21	13
Musik-/ Gesangverein	49	31	11	27	26	20	18	13
Sportverein	37	30	24	27	22	19	12	14
Anderer Verein, Organisation	46	28	39	24	23	19	16	13
Kumuliert[3]	39	22	33	22	23	17	12	14

1 „sehr starkes" und „starkes" politisches Interesse.
2 Anteil der Befragten, die auf die Frage ‚Würden Sie sagen, daß man den meisten Menschen vertrauen kann, oder sollte man lieber vorsichtig sein mit anderen', angegeben haben ‚Man kann den meisten Menschen vertrauen'.
3 Personen mit mindestens einer bzw. keiner Mitgliedschaft in allen Vereinen und Organisationen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

desländern, wenngleich sich in Westdeutschland die geschlechtsspezifischen Differenzen sowie die Differenz der Alters- und Bildungsgruppen weitaus deutlicher zeigen. Am prägnantesten erweisen sich diese Ost-West-Unterschiede bei der Mitgliedschaft in Sportvereinen.

Mitglieder in Organisationen und Vereinen politisch interessierter

Das politische Interesse ist nicht nur ein wichtiger Indikator für die politische Involviertheit der Bevölkerung in das politische System, sondern auch für den Grad der politischen Handlungsbereitschaft der Bevölkerung. Nur Personen, die ein Mindestmaß an politischem Interesse zeigen, werden motiviert sein, sich politische Informationen zu beschaffen und politisch aktiv mitzuwirken. Der Zusammenhang zwischen dem politischen Interesse und der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen verdeutlicht sich in Tabelle 4.

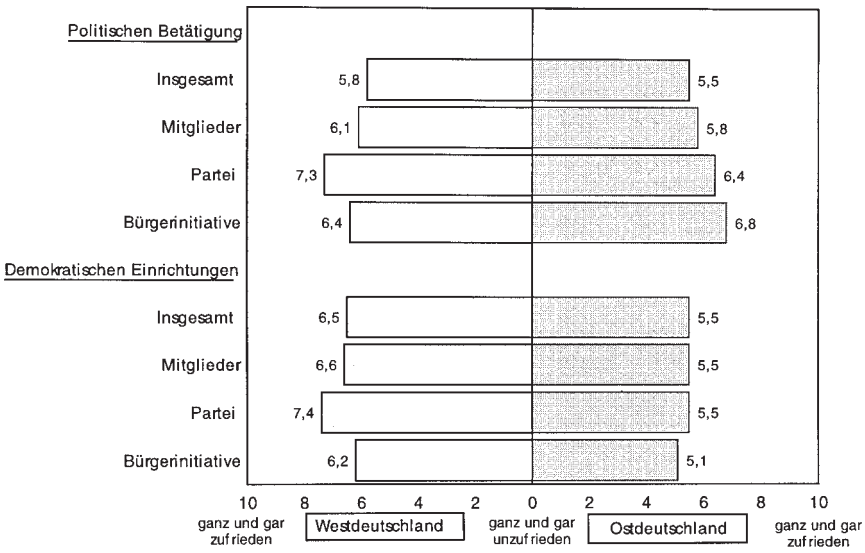
Insgesamt haben 32 Prozent der Westdeutschen und 26 Prozent der Ostdeutschen ein sehr starkes bzw. starkes politisches Interesse. Über alle Mitgliedschaften hinweg zeigt sich zumindest für Westdeutschland ein höherer Anteil an politischer Interessiertheit. Auch die Mitglieder in Vereinen sind überdurchschnittlich politisch interessiert, wenngleich letztere keinen unmittelbaren politischen Bezug haben. Dies verdeutlicht den Zusammenhang zwischen politischer Involviertheit und gesellschaftlicher Beteiligung im weiteren Sinne. In Ostdeutschland ist das politische Interesse der Vereinsmitglieder allerdings weitaus weniger ausgeprägt als in Westdeutschland.

Mitgliedschaft, soziales Vertrauen und Zufriedenheit mit Partizipation und Demokratie

Eine im Kontext der Diskussion um die Zivilgesellschaft immer wieder formulierte Hypothese lautet, daß die Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen einen wesentlichen Beitrag zum Sozialkapital einer Gesellschaft leistet. In Tabelle 4 wird der Zusammenhang zwischen sozialem Vertrauen und Mitgliedschaft - beides Aspekte des Sozialkapitals - dargestellt. Die Ergebnisse zeigen zumindest für Westdeutschland, daß Mitglieder in Organisationen und Vereinen mehr soziales Vertrauen zeigen. Insgesamt gaben 20 Prozent der Westdeutschen und 13 Prozent der Ostdeutschen an, daß man den meisten Menschen vertrauen kann. Entsprechendes sagen wiederum 23 Prozent der westdeutschen Personen, die in mindestens einer Organisation oder einem Verein Mitglied sind. Im Vergleich dazu äußern dies nur 17 Prozent der Nichtmitglieder. Für Ostdeutschland zeigen sich die Differenzen im sozialen Vertrauen nach dem Mitgliedschaftsstatus weniger deutlich als in Westdeutschland: Daß man den meisten Menschen vertrauen kann, geben 12 Prozent der Mitglieder und 14 Prozent der Nichtmitglieder an. Die simple Gleichsetzung von Mitgliedschaft und einer entsprechenden Mehrung, Stabilisierung oder Minderung des sozialen Kapitals greift sicherlich zu kurz. Gegen die oftmals positive Besetzung des Beteiligungsaspektes in freiwilligen Vereinigungen läßt sich einwenden, daß nicht jede Mitgliedschaft in einer Vereinigung dem Gemeinwohl zwingend dienlich ist. Eine differenzierte Analyse von Organisationszweck und -struktur wäre hier vonnöten.

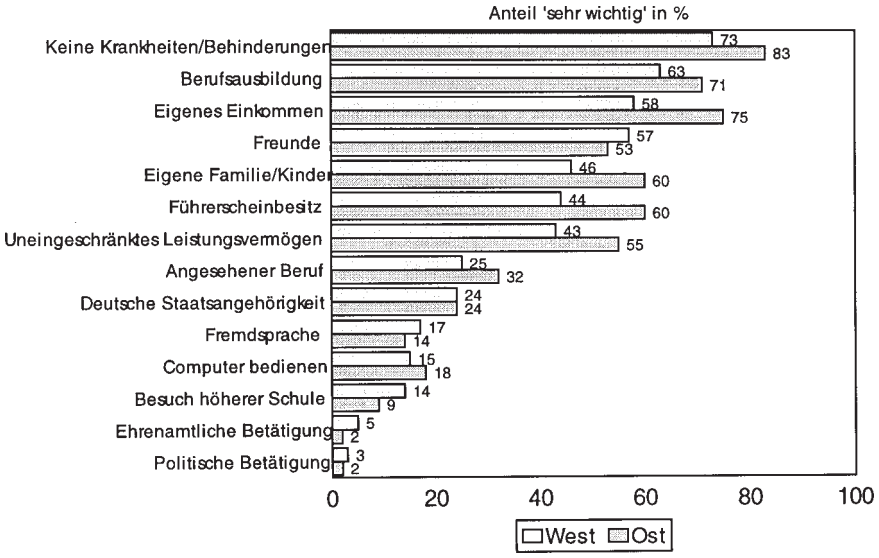
Die Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Partizipation und den demokratischen Einrichtungen kann einerseits zu politischer Apathie führen, andererseits ein Antrieb sein, sich politisch zu engagieren, sei es innerhalb der gegebenen Partizipationsmöglichkeiten oder vermittels unkonventioneller Beteiligungsformen. In Graphik 1 ist die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung und den demokratischen Einrichtungen für Mitglieder, die in irgendeinem Verein oder Organisation organisiert sind, dargestellt. Zusätzlich sind die Zufriedenheitswerte für die Mitglieder von Parteien und von Bürgerinitiativen aufgeführt. In West- und Ostdeutschland sind Nichtmitglieder durchschnittlich unzufriedener mit den Möglichkei-

Graphik 1: Zufriedenheit mit der politischen Beteiligung und den demokratischen Einrichtungen 1998



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Graphik 2: Wichtigkeit sozialer und politischer Beteiligung als gesellschaftlicher Integrationsmechanismus, 1998.



Anmerkung: Bewertung auf einer vierstufigen Skala von sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig bis unwichtig auf die Frage: Man kann ja das Gefühl haben in das normale gesellschaftliche Leben integriert zu sein und dazuzugehören oder sich eher ausgeschlossen fühlen. Wie wichtig sind die folgenden Merkmale ihrer Meinung nach, um in das gesellschaftliche Leben eingebunden zu sein?

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

ten der politischen Betätigung als Mitglieder. Überdurchschnittlich zufrieden mit den politischen Partizipationsmöglichkeiten äußern sich aber insbesondere Mitglieder von Parteien und Bürgerinitiativen. Zwischen den beiden politischen Betätigungsformen zeigen sich allerdings Unterschiede bei der Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen: So sind Mitglieder von Bürgerinitiativen deutlich unzufriedener mit den demokratischen Einrichtungen. Ebenso zeigen sich die Ostdeutschen weniger zufrieden mit den demokratischen Einrichtungen als die Westdeutschen. Dies reflektiert, daß einerseits die Unzufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen nicht in Parteien, sondern in Bürgerinitiativen aufgefangen werden kann, da in letzteren eine zufriedenstellende Partizipationsform gesehen wird. Andererseits kann, wie die niedrigen Zufriedenheitswerte der Nichtmitglieder zeigen, davon ausgegangen werden, daß eine Unzufriedenheit mit den Partizipationsmöglichkeiten und demokratischen Einrichtungen eher zu politischer Apathie denn Engagement führt.

Bewertung gesellschaftlicher Beteiligung für die Integration

Einen weiteren Ansatzpunkt, den die Debatte um die ‚Zivilgesellschaft' bietet, bezieht sich auf die Frage, wie Prozessen der sozialen Exklusion begegnet werden kann. Im Hinblick auf die Erwerbsarbeit heißt das, wie die Integration anders als nur über den Markt vermittelt gestaltet werden kann (wie zum Beispiel durch die Anerkennung von Haus- und Erziehungsarbeit); in bezug auf die politische Beteiligung, wie eine Stärkung partizipatorischer Elemente jenseits bloßer Stimmabgabe (wie Bürgerbegehren) erfolgen kann; und letztendlich, wie neue und erweiterte Zugänge für die Bürger zu wohlfahrtsrelevanten Leistungen von nicht-staatlicher Seite (wie private Altersvorsorge) bereitgestellt werden können. Wie wird aber nun die soziale und politische Beteiligung als Integrationsmechanismus im Verhältnis zu anderen Lebensbereichen bewertet? In Graphik 2 ist die Wichtigkeit ehrenamtlicher und politischer Betätigung in Relation zu weiteren Lebensbereichen wie Gesundheit, Familie und Beruf dargestellt.

In bezug auf die Reihenfolge in der Bewertung der Lebensbereiche sind zwischen West- und Ostdeutschland keine wesentlichen Unterschiede festzustellen. Weitaus mehr betont wird aber in Ostdeutschland das Ausmaß der Wichtigkeit von Gesundheit, Einkommen und die berufliche Ausbildung für die Integration in die Gesellschaft. Diesen drei Bereichen folgt in der Wichtigkeit als zweite Gruppe der familiäre Bereich (eigene Familie/Kinder, Freunde) sowie der Bereich der Mobilität (Führerscheinbesitz, uneingeschränktes Leistungsvermögen). Die ehrenamtliche und politische Betätigung wird in beiden Landesteilen als weniger wichtig für die Integration in die Gesellschaft erachtet. Sowohl für West- und Ostdeutschland zeigt sich, daß je unmittelbarer der Lebensbereich die Lebensverhältnisse der Person tangiert, desto wichtiger wird er für die Integration in die Gesellschaft eingeschätzt.

Wieviel soziale und politische Beteiligung ihrer Bürger es in einer demokratischen Gesellschaft bedarf, ist eine normativ zu beantwortende Frage. Als problematisch muß sicherlich angesehen werden, wenn ein einmal erreichtes Beteiligungspotential in der zeitlichen Entwicklung abnimmt. Die vorgestellten Ergebnisse weisen zumindest für Westdeutschland nicht auf umfassende Einbrüche der Mitgliedschaftsverhältnisse in Organisationen und Vereinen hin. Insgesamt erweisen sich diese - bei 60 Prozent Mitgliedern und 40 Prozent Nichtmitgliedern - in der zeitlichen Perspektive als stabil. Kritisch zu betrachten ist dagegen die Entwicklung in den neuen Bundesländern hin zu einem umgekehrten Mitgliedschaftsverhältnis. Nimmt man die Beteiligung in politischen Parteien und Bürgerinitiativen als Indikator für die politische Integration, dann zeigen sich hier zwar tendenziell Angleichungstendenzen, die Vereinsmitgliedschaften als Maß für die soziale Integration bleiben allerdings weit hinter denen in Westdeutschland zurück. Dies gilt aber gerade dort, wo der Mitgliedschaftsstatus eng mit dem politischen Interesse und dem sozialen Vertrauen verknüpft ist.

[1] *Zum Dritten Sektor zählen unter anderem Non-Profit-Organisationen, Stiftungen, Vereine, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften sowie Selbsthilfe- und Umweltschutzgruppen.*

Evers, Adalbert und Thomas Olk, Wohlfahrtspluralismus-Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs, in: ders. (Hrsg.), Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. S. 9-60. Opladen, 1996.

Immerfall, Stefan, Sozialkapital in der Bundesrepublik. Thesen zu Konzept und Größenordnung, in: Kistler, Ernst, Noll, Heinz-Herbert und Eckhard Priller (Hrsg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin, 1999.

Putnam, Robert D., Bowling Alone: America's Declining Social Capital. Journal of Democracy 6,1, 65-78, 1995.

Anke Schöb, ZUMA
Tel.: 0621/1246-113